



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Tagesordnung II Punkt 31 der öffentlichen Sitzung am 16. Dezember 2021

Vorlagen-Nr. 21-V-63-0005

Personalmehrbedarf Amt 63

Beschluss Nr. 0587

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1 durch die Nachverdichtung die Fallzahlen von Bauanträgen - insbesondere für den Wohnungsbau und neu erschlossene Baugebiete, wie z. B. die Projekte „Lange Seegewann“, „Bierstadt Nord“, „Dantestraße“, „Welfenstraße“, „Rheingau-Palais“, „Linde Quartier“ und „Viktoria Viertel“ - im Bereich Regelbau und Sonderbau sowie der daraus resultierenden Bauüberwachung steigen.
 - 1.2 durch die Steigerungen im Bereich der Regelbauten, im Bereich der Zentralen Dienste auch die Anzahl von Akteneinsichten steigt (2018: 1.379, 2019: 1.561; 2020: 1.127 (zeitweilige Auswirkungen durch Corona); 1. Quartal 2021: 434).
 - 1.3 die Erfordernisse zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der damit verbundenen notwendigen weiteren Neuerungen in den Bereichen der EDV und der zusätzlichen Aufgabe der Digitalisierung steigen. Dazu gehören z. B. die Laufendhaltung des Datenmanagementsystems (DMS), die Schulung der Kolleginnen und Kollegen hierin, die Einrichtung von Schnittstellen zwischen den Programmen, die Einrichtung eines Bauportals mit Vergabe von Zugriffsrechten, die Einführung der Online-Ämterbeteiligung, das Einrichten von digitalen Stempeln und der digitalen Unterschrift sowie das Einrichten und Betreiben von Scanarbeitsplätzen. Daran anschließend soll sukzessive die Umstellung auf den vom Land Hessen beschlossenen Online-Bürgerdienst „Bauamt online“ erfolgen.
 - 1.4 es im Fachbereich der Denkmalschutzbehörde, insbesondere durch die Nachverdichtung im denkmalgeschützten Bestand und im Bereich des Bodendenkmalschutzes und der archäologischen Denkmalpflege zu einem steigenden Arbeitsaufkommen kommt. Dies führt vermehrt zu Verstößen gegen denkmalschutzrechtliche Bestimmungen, die ein bauaufsichtliches Einschreiten erfordern.

2. Es wird beschlossen, dass

- 2.1 zum Stellenplan 2022/2023 bei der Bauaufsicht im Bereich des Sachgebiets 630120 „EDV und IT-Projekte“ für die Sachbearbeitung eine Vollzeitplanstelle im Stellenwert A 11 HBesG / E 10 TVöD geschaffen wird.
- 2.2 zum Stellenplan 2022/2023 bei der Bauaufsicht im Bereich der Abteilung 6304 „Denkmalschutz und Denkmalpflege“ für die Sachbearbeitung eine Vollzeitplanstelle im Stellenwert A 13 ~~g.~~ h.D. HBesG / E 13 TVöD geschaffen wird.
- ~~2.3 zum Stellenplan 2022/2023 bei der Bauaufsicht im Bereich des Sachgebiets 630110 „Finanzen, Personal, Verwaltung und Archiv“ für die Sachbearbeitung im Archiv das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat IV/63 um eine halbe Planstelle (0,5 VZÄ) erhöht wird. Eine Stelle (Nr. 11439, Stellenumfang 0,5 VZÄ) im Stellenwert E 6 TVöD ist im Stellenplan bereits vorhanden. In dem Bereich der Sachbearbeitung des Archivs werden zwei Stelleninhaber in ca. 7 bis 8 Jahren voraussichtlich in Ruhestand gehen, diese Stellen sollen zum gegebenen Zeitpunkt nicht mehr wiederbesetzt werden.~~
- 2.4 zum Stellenplan 2022/2023 bei der Bauaufsicht im Bereich des Sachgebiets 630320 „Allgemeine Baurechtsangelegenheiten, Widerspruchs- und Bußgeldverfahren“ für die Sachbearbeitung in der Arbeitsgruppe 630322 „Widerspruchs- und Bußgeldverfahren“ eine Vollzeitplanstelle im Stellenwert A 12 HBesG / E 12 TVöD geschaffen wird. Die Vollzeitplanstelle für die Arbeitsgruppe 630322 „Widerspruchs- und Bußgeldverfahren“ im Stellenwert A 12 HBesG / E 12 TVöD refinanziert sich über Einnahmen für die Ordnungswidrigkeitsverfahren in Höhe von ~~49.200 90.000~~ € jährlich ab ~~2023 2022~~ (2022 anteilig ~~24.600 € nach Besetzungszeitpunkt~~).
- ~~2.5 zum Stellenplan 2022/2023 bei der Bauaufsicht im Bereich des Sachgebiets 630230 „Allgemeine Bauüberwachung“ für die Sachbearbeitung eine Vollzeitplanstelle im Stellenwert A 11 HBesG / E 11 TVöD geschaffen wird.~~
- ~~2.6 zum Stellenplan 2022/2023 bei der Bauaufsicht im Bereich des Sachgebiets 630220 „Bauberatung und Genehmigungsverfahren, Sonderbauten“ für die Sachbearbeitung eine Vollzeitplanstelle im Stellenwert A 13 h. D. HBesG / E 13 TVöD geschaffen wird.~~
- 2.7 durch die personellen Veränderungen ~~gemäß Ziff. 2.1., 2.2. und 2.4. (neu 2.3.)~~ Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von ~~318.800 € 587.394 € (s. Seite 2)~~ jährlich ab ~~2023 2022~~ (2022 anteilig in Höhe von ~~159.400 € 293.697 €~~, zzgl. Tarif- und Besoldungserhöhungen) entstehen. ~~Dezernat IV/63 werden dafür 53.400 € (2022) und 106.800 € (2023) zum Haushalt zugewendet. Die Differenzbeträge von 106.000 € für 2022 und 212.000 € für 2023 werden aus Überleitungsmitteln des Dezernates IV/63 und den Einnahmen aus Ziff. 2.4. finanziert. Die erforderlichen Mittel und die damit verbundenen Erträge in Höhe von 90.000 € werden von Dezernat IV/63 als weiterer Bedarf zum Haushalt 2022/2023 angemeldet.~~
- 2.8 Die Stellen können vorab der Genehmigung des Stellenplans 2022/2023 durch die Aufsichtsbehörde besetzt werden. Die hierfür erforderlichen Stellenbeschreibungen werden zeitnah von Dezernat IV/63 an Dezernat I/15 übermittelt.

2.9 im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat IV/63 *ab 01.07.2022* um *3 5,5* VZÄ zu erhöhen ist.

(antragsgemäß Beschlussvorschlag)

Tagesordnung II

Wiesbaden, .12.2021

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender